BERGISCHE VOLKSHOCHSCHULE, SOLINGEN

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2006

A K T I V A	31.12.2006 EUR	31.12.2006 EUR
A. AUFWENDUNGEN FÜR DIE INGANSETZUNG UND ERWEITERUNG DES GESCHÄFTSBETRIEBS		
B. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.772,00	1.722.961,00
II. Sachanlagen		237.061,48
1. Technische Anlagen und Maschinen	19.169,00	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	660.732,00	
C. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. In Ausführung befindliche Bauaufträge	3.584,86	1.250,75
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	262.704,74	4.000,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.691.843,11	425.067,59
- davon gegen Gesellschafter: EUR 1.687.803,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
- davon mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 1.687.803,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		93.879,80
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	1.954.547,85	524.198,14
	350.645,42	107.599,73
	16.367,31	
	<u>3.019.339,97</u>	<u>3.019.339,97</u>

P A S S I V A

A. EIGENKAPITAL		
I. Kapitalrücklage	12.521,53	427.519,62
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.722.961,00
2. Sonstige Rückstellungen		237.061,48
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.772,00	1.250,75
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.250,75 (Vorjahr: EUR -)		
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	679.901,00	4.000,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		425.067,59
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 422.526,41 (Vorjahr: EUR -)		
4. Sonstige Verbindlichkeiten	3.584,86	93.879,80
- davon aus Steuern: EUR 73.015,40 (Vorjahr: EUR 0,00)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 226,52 (Vorjahr: EUR 0,00)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 73.241,92 (Vorjahr: EUR -)		
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		

BERGISCHE VOLKSHOCHSCHULE, SOLINGEN

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2006

	2006 EUR
1. Umsatzerlöse	4.449.938,23
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	3.584,86
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>2.171.218,10</u>
4. Gesamtleistung	6.624.741,19
5. Materialaufwand	
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-70.645,77
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-1.028.523,60</u>
	<u>-1.099.169,37</u>
6. Rohergebnis	5.525.571,82
7. Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	-3.521.793,46
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-799.563,49
- davon für Altersversorgung: EUR 180.592,17 (Vorjahr: EUR -)	
	<u>-4.321.356,95</u>
8. Abschreibungen	
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	<u>-58.755,67</u>
	-58.755,67
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-1.381.076,57</u>
10. Betriebsergebnis	-235.617,37
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	235.867,25
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-249,88</u>
13. Finanzergebnis	<u>235.617,37</u>
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>0,00</u>
15. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>0,00</u>

Bergische Volkshochschule
Zweckverband der Städte Solingen - Wuppertal
für allgemeine und berufliche Weiterbildung sowie Familienbildung

Anhang für das Geschäftsjahr 2006

Allgemeine Angaben

Die Körperschaft hat ihren Sitz in Solingen. Darüber hinaus werden Zweigstellen in den Verbandsgemeinden Solingen und Wuppertal unterhalten.

Zweck der Körperschaft ist nach der Satzung die Wahrnehmung der Aufgaben der Volkshochschule und des Zentrums zur beruflichen Frauenförderung/Regionalstelle Frau und Beruf, der Familienbildung und der Beschäftigung und Qualifizierung nach Maßgabe der einschlägigen Gesetze.

Der Zweckverband bilanziert gemäß Zweckverbandssatzung nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren in Staffelform aufgestellt.

Die Zweckverbandssatzung ist am 30.12.2005 in Kraft getreten.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungskosten bewertet und um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die von den Städten Wuppertal und Solingen zum 01.07.2006 eingebrachten Vermögensgegenstände wurden mit dem gemeinen Wert erfasst und ebenfalls um planmäßige Abschreibungen p.r.t. vermindert.

Eingebraachte geringwertige Wirtschaftsgüter wurden mit einem Einbringungswert in Höhe von € 1,00 bewertet.

Bei der Bemessung der Abschreibung wurde auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgestellt. Die Abschreibungen wurden linear vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung gem. § 254 HGB i.V.m. § 6 Abs. 2 EStG in vollem Umfang abgeschrieben.

Die Wertansätze der bezogenen Waren entsprechen grundsätzlich den Anschaffungskosten. Zum Umlaufvermögen wurde hinsichtlich der Vorräte wegen Geringfügigkeit auf eine Inventur und Bewertung zum 31.12.2006 verzichtet. Es bestehen keine expliziten Läger. Bei unfertigen Projekten wurde die verlustfreie Bewertung berücksichtigt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Einzelwertberichtigungen waren nicht vorzunehmen. Eine Pauschalwertberichtigung wurde berücksichtigt. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegenüber Gesellschaftern in Höhe von € 47.336,85 enthalten.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Forderungen gegenüber Gesellschaftern in Höhe von € 1.687.803 enthalten. Die Forderungen stammen aus übernommenen Personalverpflichtungen im Rahmen der Personalüberleitungsverträge. Die Verbandsgemeinden haben zugesichert, die auf den Zweckverband übertragenen Altverpflichtungen auszugleichen.

Die Rückstellungen werden nach dem Grundsatz der vernünftigen kaufmännischen Beurteilung in Höhe der voraussichtlich anfallenden Verpflichtungen gebildet.

Die Berechnung der Teilwerte für die Pensionsrückstellungen erfolgte durch die Stadt Solingen mittels der dort eingesetzten lizenzierten Software „Haessler Pensionsrückstellung HPR 4.5“.

Für eine Beamtin ist eine Pensionsrückstellung zum 31.12.2006 noch nicht ausgewiesen. Ein Ausweis erfolgt laut Software erstmalig mit dem 30. Lebensjahr.

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Nennwert unter Beachtung des Höchstwertprinzips angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs

Der Zweckverband hat von der Bilanzierungshilfe gemäß § 269 HGB in Höhe von € 12.521,53 Gebrauch gemacht. Der Posten wird gemäß § 282 HGB ab 2007 jährlich mit 25% abgeschrieben. Die Passivierung von latenten Steuern ist unterblieben, da aufgrund von zu erwartenden Verlustvorträgen keine steuerlichen Folgen entstehen werden.

Es wurden Beratungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Einrichtung des Geschäftsbetriebs aktiviert.

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt.

Nachfolgende Erläuterungen enthalten die aufgrund der gesetzlichen Vorschriften zu einzelnen Posten der Bilanz zu machenden Angaben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben in Höhe von € 266.744,85 eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Die Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von € 1.687.803 haben eine Laufzeit von mehr als einem Jahr. Ein Zahlungsplan steht derzeit noch nicht fest.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Es ergibt sich ein Abgrenzungsbetrag i.H.v. € 16.367,31.

Hierbei handelt es sich um die Beamtenegehälter für Januar 2007, die bereits im Dezember 2006 ausgezahlt worden sind.

Kapital

Das Kapital beträgt zum Bilanzstichtag € 427.519,62.

Hierin enthalten ist das Anlagevermögen, welches die Städte Solingen und Wuppertal zum 01.07.2006 in Höhe von € 700.147,77 in den Zweckverband eingelegt haben.

Weiterhin wurden Forderungen an die beiden Städte in Höhe von € 1.462.960,- ausgewiesen.

Als Entnahmen stehen den Einlagen die eingebrachten Rückstellungen zum 01.07.2006 in Höhe von € 1.735.588,15 gegenüber.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

Jahresabschlusskosten	16.226,09
Urlaubsrückstellung	160.199,20
Gleitzeit	41.419,96
Archivierungskosten	12.481,99
Gewährleistung	1.006,44
Jubiläum	5.727,80
	<hr/>
	237.061,48

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten in Höhe von € 524.198,14 haben ausschließlich eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Die Verbindlichkeiten sind nicht durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert. In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von € 76.620,10 enthalten.

Passive Rechnungsabgrenzung

Es sind vorwiegend Entgelteinnahmen aus dem Kursgeschäft abzugrenzen.

Folgende Fälle sind abzugrenzen:

- Entgelteinnahmen in 2006 für Kurse, die erst in 2007 beginnen

Die hierauf entfallenen Abgrenzungen betragen €11.178,25.

- Anteilige Entgelteinnahmen in 2006 für jahresübergreifende Kurse, die jedoch schon in 2006 bezahlt wurden.

Der Entgeltanteil bei jahresübergreifenden Kursen, der sich auf das Geschäftsjahr 2007 bezieht, beträgt € 87.271,48.

Weiterhin sind zwei Spenden abgegrenzt, die sich zur Verwendung auf das Geschäftsjahr 2007 beziehen, in Summe 9.150,- €.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz erscheinen oder nach § 251 HGB anzugeben wären, existieren nicht.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

In den Erlösen sind Zuschüsse/Umlagen der Städte Wuppertal und Solingen i.H.v. € 2.091.365,17 enthalten.

Abschreibungen nach §§ 254, 280 Abs. 2 HGB auf Grund steuerrechtlicher Vorschriften wurden nicht vorgenommen. Ferner wurde auch kein Sonderposten nach § 273 HGB gebildet.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen nicht an. Der Zuschuss der Verbandsgemeinden ist steuerlich als Einlage zu werten. Positive Bemessungsgrundlagen für Ertragsteuern ergeben sich hierdurch nicht.

Sonstige Angaben

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Anzahl der Mitarbeiter

Der Zweckverband beschäftigte im Geschäftsjahr 2006 214 Arbeitnehmer. Davon sind 118 Arbeitnehmer Festangestellte, 7 Mitarbeiter stehen im Beamtenverhältnis, 39 Auszubildende.

Organe des Zweckverbandes

Der Zweckverband hat laut Satzung eine Verbandsversammlung, in die jedes Verbandsmitglied sieben Vertreter/innen entsendet. Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher.

Zum Verbandsvorsteher wurde Herr Franz Haug, Oberbürgermeister der Stadt Solingen, gewählt, zu seinem Stellvertreter Herr Dr. Johannes Slawig, Stadtdirektor der Stadt Wuppertal. Die hauptamtliche Leitung des Zweckverbands besteht aus einer fachlich-pädagogischen sowie aus einer kaufmännischen Leitung. In 2006 gehörten der Leitung an:

Frau Monika Biskoping
Herr Udo H. Bente

Verbandsversammlung

Der Verbandsversammlung gehörten in 2006 an:

Herr	Franz	Haug	Oberbürgermeister SG	zugleich
Frau	Renate	Warnecke	Ratsmitglied W	Verbandsvorsteher
				Vorsitzende der
				Zweckverbandsvers
				ammlung
Herr	Karl-Friedrich	Kühme	Ratsmitglied W	

Frau	Gabriele	Mahnert	Ratsmitglied W
Herr	Johannes	Huhn	Ratsmitglied W
Herr	Volker	Rösener	Ratsmitglied W
Herr	Peter	Hartwig	Ratsmitglied W
Frau	Marlis	Drewermann	Beigeordnete W
Herr	Dr. H. J.	Müller-Stöver	Ratsmitglied SG

Stellv. Vorsitzender
der
Zweckverbandsvers
ammlung

Frau	Gabriele	Racka- Watzlawek	Ratsmitglied SG
Frau	Gudrun	Wüsthof	Ratsmitglied SG
Frau	Gabriele	Reimers	Ratsmitglied SG
Frau	Martina	Zsack- Möllmann	Ratsmitglied SG
Herr	Bernd	Müller	Ratsmitglied SG

Die Verbandsversammlung ist in 2006 dreimal zusammengekommen.

Sitzungsgelder und Fahrtkostenersatz sind in Höhe von 808,20 € gezahlt worden.

Bilanzgewinn

Der Zweckverband erhält Umlagen der Verbandsmitglieder in Höhe des Jahresfehlbetrags. Ein Bilanzgewinn wird nicht ausgewiesen.

Solingen, den 31.05.2007

Bergische Volkshochschule
Verbandsvorsteher

Bergische Volkshochschule Lagebericht zum Jahresabschluss zum 31.12.2006

1. Gründung und Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebs

Der Zweckverband Bergische Volkshochschule wurde aufgrund der Beschlüsse der Räte der Städte Solingen und Wuppertal vom 15.12. bzw. 19.12.2005 gegründet. Die Genehmigung der Zweckverbandsgründung durch die Bezirksregierung sowie die Bekanntmachung der Zweckverbandssatzung erfolgte im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf vom 29.12.2005. Der Zweckverband ist damit am 30.12.2005 entstanden (§ 11 Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit NW). Eine Satzungsänderung wurde durch die Zweckverbandsversammlung am 23.06.2006 beschlossen und im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf vom 13.07.2006 bekannt gemacht.

Auslöser für die Gründung der gemeinsamen Einrichtung war der politische Wille der Kommunen, angesichts sich dramatisch verschlechternder Rahmenbedingungen ein Weiterbildungsangebot auf qualitativ und quantitativ hohem Niveau dadurch zu gewährleisten, dass Synergieeffekte durch die Zusammenlegung der bislang „selbständigen“ Einrichtungen und damit einhergehenden Abbau von Doppelstrukturen konsequent genutzt werden sollten.

Der Gründung durch die Städte Solingen und Wuppertal waren seit Anfang 2004 intensive Vorbereitungen zusammen mit der Stadt Remscheid zur Gründung eines Dreier-Zweckverbandes vorausgegangen. Alle drei Stadträte hatten hierzu im Sommer 2005 entsprechende Grundsatzbeschlüsse verabschiedet. Die Verwaltungen der drei Städte schlugen ihren Räten zur Beschlussfassung im November 2005 die Gründung eines Dreier-Zweckverbandes vor. Dieser Beschlussvorlage stimmten die Räte von Solingen und Wuppertal zu, der Rat der Stadt Remscheid hingegen lehnte sie am 14.11.2005 ab. Da davon ausgegangen werden musste, dass ein förderungsunschädlicher Zusammenschluss nur unter der Geltung des Haushaltsgesetzes 2005 des Landes Nordrhein-Westfalen möglich wäre, wurden die erarbeiteten Konzepte unter großem Zeitdruck auf eine Zweierlösung umgearbeitet und mündeten schließlich in der o.a. Beschlussfassung durch die Räte.

Bei der gegebenen Sachlage war die Aufnahme eines operativen Geschäftsbetriebs zum Beginn des Kalenderjahres 2006 nicht realisierbar. Es wurde daher zwischen den beiden Städten vereinbart, das erste Halbjahr 2006 über die kommunalen Haushalte abzuwickeln und Personalüberleitung und Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebs des Zweckverbandes zum 01.07.2006 zu vollziehen. Hierdurch wurde einerseits ein ausreichender zeitlicher Vorlauf zur Schaffung arbeitsfähiger Strukturen geschaffen und andererseits der Tatsache Rechnung getragen, dass die Jahresmitte mit den Sommerferien (zumindest für das öffentlich zugängliche Weiterbildungsprogramm) eine brauchbare Abgrenzungslinie darstellt.

Wegen des rechtlichen Entstehens des Zweckverbandes zum 30.12.2005 musste zu diesem Datum eine Eröffnungsbilanz und zum 31.12.2005 eine erste Schlussbilanz erstellt werden. Beide weisen auf der Aktiv- wie der Passivseite jeweils Nullwerte aus.

In der konstituierenden Zweckverbandsversammlung am 19.01.2006 wurden mit der Bestellung des Vorstehers und seines Stellvertreters sowie der pädagogischen und kaufmännischen Leitung der Bergischen Volkshochschule die Voraussetzungen für die Handlungsfähigkeit des Zweckverbandes geschaffen.

Wegen der weitergehenden Funktionalitäten in Bezug auf Internet-Darstellung und –Anmeldemöglichkeiten sowie auf die Vorbereitung von Print-Publikationen war im Vorfeld festgelegt worden, dass in der Bergischen Volkshochschule zur Planung und Abwicklung des öffentlichen Weiterbildungsprogramms das in Wuppertal bereits seit 1999 im Einsatz befindliche Verfahren „success“ mit den in Wuppertal entwickelten Erweiterungen als gemeinsame Software zum Einsatz gebracht werden sollte. Die Erstellung des ersten gemeinsam geplanten Programms zum 09.08.2006 in Druckform und ab dem 20.06.2006 bereits online erfolgte auf dieser Plattform.

Zum Aufbau des Rechnungswesens nach HGB wurde zum 01.04.2006 eine Verwaltungsbetriebswirtin von der Stadt Wuppertal zum Zweckverband abgeordnet und zum 01.07.2006 zu diesem versetzt. Seit dem 01.07.2006 sind ihr zwei Buchhalterinnen (im Umfang von 1,5 Vollzeitstellen) zugeordnet.

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum 01.07. bis 31.12.2007 wurde schließlich am 23.06.2007 durch die Zweckverbandsversammlung verabschiedet.

Bereits in 2005 waren bei den Personalverwaltungen der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal Angebote zur Abwicklung der Personalsachbearbeitung, Zahlbarmachung der Bezüge etc. für das Personal der Bergischen Volkshochschule eingeholt worden. Hierbei hatte der Personalservicedienst der Stadt Solingen das günstigste Angebot abgegeben; mit diesem wurde daher ein entsprechender Dienstleistungsvertrag (zunächst für den Zeitraum 01.07.2006 bis 31.12.2008) geschlossen. Die Übernahme der Personaldaten für das übergeleitete Personal von der Stadt Wuppertal zum Personalservicedienst Solingen zum 01.07.2006 verlief problemlos.

Die seit dem 01.07.2006 angemieteten Räumlichkeiten für die Leitung und die Zentrale Verwaltung der Bergischen Volkshochschule konnten u.a. wegen Schwierigkeiten mit der Lauffähigkeit der Rechnungswesen-Software über den Wuppertaler Citrix-Server erst mit erheblicher Verspätung bezogen werden.

2. Aufgaben und Organisationsaufbau

Nach § 3 der Satzung nimmt der Zweckverband für alle Mitgliedskörperschaften die Aufgaben der Volkshochschule (VHS) und Zentrum zur beruflichen Frauenförderung/Regionalstelle Frau und Beruf, der

Familienbildung und der Beschäftigung und Qualifizierung (Drittmittel) nach Maßgabe der einschlägigen Gesetze wahr. Das Bildungsangebot des Zweckverbandes umfasst in Anlehnung an § 3 Abs. 1 des Weiterbildungsgesetzes NRW Inhalte, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern, die Fähigkeiten zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens stärken und die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen helfen. Es umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen sowie Eltern- und Familienbildung ein. Zu diesem Zweck führt der Zweckverband entsprechend dem Bedarf Lehrveranstaltungen wie Vorträge, Seminare, Kurse, Diskussionen, Studienfahrten, Vorführungen u.a.m. durch. Die Lehrveranstaltungen sollen in den Mitgliedsstädten gleichwertig angeboten werden.

Zur Unterstützung des Zusammenwachsens der bislang „eigenständigen“ Organisationen wurde ein Organisationsentwicklungsprozess – begleitet durch ein Team der Sozialforschungsstelle Dortmund - eingeleitet. In Projektteams wurden die zuvor in Workshops abgestimmten Themen bearbeitet, deren Ergebnisse der Steuerungsgruppe zur Entscheidung vorgelegt wurden. Um möglichst alle Mitarbeiter/innen in den Entwicklungsprozess einzubeziehen wurden Betriebsversammlungen durchgeführt. Die Entscheidungen der Steuerungsgruppe wurden in aktuellen schriftlichen Informationen allen MitarbeiterInnen zur Verfügung gestellt.

Die Bergische Volkshochschule gliederte sich im Jahr 2006 in fünf Bereiche:

- 0 Verwaltungszentrale
- 1 Allgemeine und Berufliche Weiterbildung
- 2 Beschäftigung & Qualifizierung
- 4 Familienbildung
- 5 Regionalstelle Frau & Beruf

Die Bereiche 1 - Allgemeine und Berufliche Weiterbildung, 2 - Beschäftigung & Qualifizierung und 3 - Familienbildung sind in Fachbereiche untergliedert:

Bereich 1, Allgemeine und berufliche Weiterbildung

- Politik, Geschichte, Umwelt
- Berufliche Bildung
- Fremdsprachen
- Deutsch als Fremdsprache
- Grundbildung
- Kulturelle Bildung
- Gesundheitsbildung

Bereich 2, Beschäftigung & Qualifizierung

- Berufsvorbereitung / Qualifizierung für Beschäftigte
- Beruflicher Wiedereinstieg / Existenzgründung
- Beschäftigungsmaßnahmen / Ausbildung

Bereich 3, Familienbildung

- Familie und Erziehung
- Partnerschaft, Familie und Gesellschaft

- Alltagskompetenzen in der Familie
- Sozialräumliche Angebote und Projekte
- Qualifizierung und Fortbildung

Bereich 4, Regionalstelle Frau & Beruf mit den Arbeitsschwerpunkten:

- Wiedereinstieg in den Beruf
- Existenzgründungsberatung

Dieser Bereich wurde zum 31.12.2006 – wegen Wegfalls der Landesfinanzierung – aufgelöst. Die Mitarbeiterinnen wurden in Arbeitsgebiete in den Bereichen 1 und 2 umgesetzt.

Die Aufgabe der Personalvertretung nach dem Landespersonalvertretungsgesetz wurde ab dem 01.07.2006 durch eine Personalkommission wahrgenommen (§ 44 LPVG); eine Freistellung für diese Aufgabe erfolgte nicht.

Eine Gleichstellungsbeauftragte wurde in 2006 noch nicht bestellt. Die Wahl einer Schwerbehindertenvertretung unterblieb, weil lediglich 3 MitarbeiterInnen mit dem entsprechenden Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit beschäftigt wurden / werden.

Das bis zum Jahresende 2006 gültige Organigramm der Bergischen Volkshochschule ist nachfolgend abgedruckt.

3. Leistungserbringung und Kennzahlen

3.1 Öffentliches Weiterbildungsprogramm

Konkurrenzsituation

Die Konkurrenzsituation ist in den einzelnen Angebotsfeldern (Fachbereichen) unterschiedlich zu beurteilen.

Während die Bergische Volkshochschule in den Angebotsfeldern

- Politische Bildung
 - Alphabetisierung / Grundbildung
 - Nachholen von Schulabschlüssen
- nahezu eine Monopolstellung einnimmt, existieren in allen anderen Angebotsbereichen zahlreiche Mitbewerber

- mit klarer Gewinnerzielungsabsicht
- in Form (gemeinnütziger) eingetragener Vereine
- Familienbildungsstätten in konfessioneller oder sonstiger Trägerschaft
- Kirchengemeinden und konfessionelle Erwachsenenbildungseinrichtungen.

Diese haben – im Gegensatz zur kommunalen Pflichteinrichtung Volkshochschule – keinen umfassenden gesetzlichen Weiterbildungsauftrag und können sich daher mit ihren Angeboten auf zum Teil sehr spezielle Felder konzentrieren. Durch die Gestaltung besonders auf diese Angebotsfelder abgestimmter Rahmenbedingungen gelingt es Mitbewerbern, (insbesondere) auf den Gebieten der Kulturellen Bildung und der Gesundheitsbildung Wahrnehmungsvorteile zu erzielen. Die Mitbewerber mit konfessionellem oder Vereinshintergrund haben darüber hinaus den Vorteil, ihre Angebote zum Teil unter Nutzung ehrenamtlichen Engagements durchzuführen, so dass sie auch kostenmäßig gegenüber der Bergischen Volkshochschule teilweise im Vorteil sind. Die Bergische Volkshochschule ist aber trotz der genannten Wettbewerbssituation in beiden Städten in quantitativer wie qualitativer Hinsicht der Marktführer für ein öffentlich zugängliches Weiterbildungsangebot.

Erbrachte Leistungen im zweiten Halbjahr 2006

Durchgeführte Veranstaltungen nach Veranstaltungsorten

	Insgesamt	Davon in	
		Solingen	Wuppertal
Durchgeführte Veranstaltungen	1.876	587	1.289
Durchgeführte Unterrichtsstunden	52.323	14.077	38.248
TeilnehmerInnen in Kursen	18.477	7.355	11.122
TeilnehmerInnen in Einzelveranstaltungen	5.428	2.825	2.603
Deckungsbeitrag Honorare / Entgelte	255.565	104.795	150.770
Auslastung der Veranstaltungen	75,84 %	79,49 %	73,34 %

Diese Veranstaltungen entfallen wie folgt auf die Hauptbereiche

	Insgesamt	Davon	
		Familienbildung	Allgemeine und berufliche Weiterbildung
Durchgeführte Veranstaltungen	1.876	494	1.382
Durchgeführte Unterrichtsstunden	52.323	7.149	45.174
TeilnehmerInnen in Kursen	18.477	6.449	12.028
TeilnehmerInnen in Einzelveranstaltungen	5.428	414	5.014
Deckungsbeitrag Honorare / Entgelte	255.565	372	255.193
Auslastung der Veranstaltungen	75,84 %	85,88 %	72,43 %

Aufteilung auf die Programmbereich des Deutschen Volkshochschulverbandes (DVV)

	Insgesamt	Davon						
		Politik – Gesellschaft – Umwelt	Kultur – Gestalten	Gesundheit	Sprachen	Arbeit – Beruf	Grundbildung – Schulabschlüsse	ohne DVV- Zuordnung
Durchgeführte Veranstaltungen	1.876	472	228	292	516	249	32	87
Durchgeführte Unterrichtsstunden	52.323	6.397	4.838	4.758	19.147	4.528	10.510	2.145
TeilnehmerInnen in Kursen	18.477	5.029	2.114	3.310	5.672	1.657	465	230
TeilnehmerInnen in Einzelveranstaltungen	5.428	3.293	1.081	309	191	232	0	322
Deckungsbeitrag Honorare / Entgelte	255.565	-19.084	+47.769	+76.312	+143.336	+45.696	-2.935	-35.529
Auslastung der Veranstaltungen	75,84 %	87,65 %	78,10 %	76,67 %	69,80 %	64,49 %	82,45 %	41,75 %

Diese Veranstaltungen richteten sich an (Zielgruppe)

	Insgesamt	Davon						
		Ältere Menschen	Analphabeten	Ausländer	Frauen	Behinderte	Sonstige Adressaten	Ohne besondere Adressaten
Durchgeführte Veranstaltungen	1.876	117	13	87	123	7	35	1.494
Durchgeführte Unterrichtsstunden	52.323	2.480	580	6.686	1.601	165	1.039	39.772
TeilnehmerInnen in Kursen	18.477	1.255	83	1.110	862	82	99	14.986
TeilnehmerInnen in Einzelveranstaltungen	5.428	347	0	0	46	0	832	4.203
Deckungsbeitrag Honorare / Entgelte	255.565	33.813	-8.018	10.506	10.535	4.600	9.200	194.929

Aufteilung nach Veranstaltungsort (PLZ des Veranstaltungsortes)

Aus der nachfolgenden Aufstellung wird die starke Abhängigkeit der Leistungserbringung von ganztägig verfügbaren Unterrichtsräumen deutlich. In den PLZ-Gebieten

- 42103 (insb. Auer Schulstr. 20, Wuppertal-Elberfeld)
- 42105 (insb. Wiesenstr. 105, Wuppertal-Elberfeld)
- 42275 (insb. Bachstr. 15, Wuppertal-Barmen)
- 42651 (insb. Mummstr. 10, Solingen-Mitte) und
- 42657 (insb. Neuenhofer Str. 39, Solingen-Höhscheid)

werden rund 79 % der Veranstaltungen mit fast 84 % der gesamten durchgeführten Unterrichtsstunden erbracht.

PLZ des Veranstaltungsortes	Durchgeführte Veranstaltungen	Durchgeführte Unterrichtsstunden	TeilnehmerInnen in Kursen	TeilnehmerInnen in Einzelveranstaltungen
42103	747	17.320	6.860	1.555
42105	69	10.087	672	2
42107	26	549	237	11
42109	11	143	106	50
42111	2	30	30	0
42119	6	35	23	0
42275	212	4.515	1.440	273
42277	10	227	74	1
42283	26	709	289	0
42285	4	208	30	28
42289	3	60	24	0
42327	7	174	34	40
42329	46	829	517	0
42349	30	493	370	114
42369	12	334	129	0
42389	7	145	22	0
42399	2	32	16	0
42651	298	9.151	3.119	1.530
42657	160	2.735	2.537	0
42699	8	279	83	548
42655	2	63	12	105
42653	38	1.355	463	471
42697	13	327	215	0
42719	72	1.729	893	115
Sonstige	65	794	282	585
	1.876	52.323	18.477	5.428

3.2 Beschäftigung und Qualifizierung

Konkurrenzsituation

Die Situation auf dem Markt der Qualifizierung arbeitssuchender Jugendlicher und Erwachsener hat sich in der Folge der sog. Hartz-Gesetzgebung grundlegend geändert.

Volkshochschulen waren schon immer aufgrund einer entsprechenden Vorschrift in der VOL an der Teilnahme an Ausschreibungen der Bundesanstalt für Arbeit gehindert. Bei den früher verfügbaren hohen Qualifizierungsmitteln spielte diese Vorschrift aber de facto keine Rolle. Im Zuge zurückgehender Vergabevolumina kam es bundesweit zu Vergabeanfechtungen durch erwerbswirtschaftlich orientierte Mitbewerber, mit der Folge, dass Weiterbildungseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft nunmehr konsequent von öffentlichen und beschränkten Ausschreibungen der Bundesagentur ausgeschlossen sind. Lediglich in dem kleinen Bereich der freihändigen Vergaben der Agentur können Volkshochschulen noch zum Zuge kommen.

Umso wichtiger wird die Rolle der ARGE n als Auftraggeber für Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote für BezieherInnen von Arbeitslosengeld II. Mit der ARGE Wuppertal wurde bereits von der Volkshochschule Wuppertal ein Rahmenvertrag über die grundsätzliche Kooperation in 2005 geschlossen, Mit dem Zentrum für Eingliederung in Arbeit, ARGE Solingen, konnte im November 2006 ein entsprechender Kooperationsvertrag geschlossen werden.

Erbrachte Leistungen

Durchgeführte Projekte/Maßnahmen nach Veranstaltungsorten

	Insgesamt	Davon in	
		Solingen	Wuppertal
Durchgeführte Projekte/Maßnahmen	40	5	35
TeilnehmerInnen in Projekten/Maßnahmen	1.724	415	1.309
davon Bildungsscheckberatungen	1.206	300	906
Auslastung der Projekte / Maßnahmen	80%	68%	90,7%

Diese Projekte/Maßnahmen entfallen wie folgt auf die Fachbereiche

	Insgesamt	Davon		
		Berufsvorbereitung Qualifizierung	Wiedereinstieg Existenzgründung	Beschäftigungs- maßnahmen / Ausbildung
Durchgeführte Projekte / Maßnahmen	40	6	5	29
TeilnehmerInnen in Projekten/Maßnahmen davon	1.724	1.058	415	251
Bildungsscheckberatungen	1.206	906	300	
Auslastung der Projekte / Maßnahmen	80%	96%	68%	72%

Aufteilung der Projekte/Maßnahmen in den Fachbereichen

Projekt / Maßnahme	Durchgeführte Projekte / Maßnahmen	TeilnehmerInnen in Projekten/Maß- nahmen	Auslastung der Projekte / Maßnahmen
Fachbereich Berufsvorbereitung Qualifizierung			
BvB	2	105	100%
TeQua	1	10	100%
Aktiv	1	20	84%
LSC	1	17	100%
Bildungsschecks	1	906	
Fachbereich Wiedereinstieg Existenzgründung			
BiB	1	64	98%
VerA	1	8	20%
Jugend in Arbeit	1	23	22%
Internetc@fe	1	20	100%
Bildungsschecks	1	300	
Fachbereich Beschäftigungsmaßnahmen / Ausbildung			
Partnerschaftliche Ausbildung	1	2	100%
Pro Beruf	1	23	96%
3. Weg	1	11	92%
AGH Handwerk	1	49	70%
AGH GaLa	5	42	55%
AGH Hauswirtschaft und Service	5	51	72%
Sonst. AGH	14	38	79%
BEOS	1	35	79%

4. Vergleich der Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Erfolgsplan

Bergische Volkshochschule		Erfolgsplan RGJ 2006		Jahresabschluss RGJ 2006		Verbesserung / Verschlechterung (-) gegenüber Erfolgsplan
		in % der Erlöse / Aufwänden		in % der Erlöse / Aufwänden		
		Absolut		Absolut		
1.	Umsatzerlöse	5.639.245	72,39	4.449.938	64,65	-1.189.307
	a) Entgelte	1.480.500	19,00	918.667	13,35	-561.833
	b) Zuwendungen	4.158.745	53,38	3.531.271	51,30	-627.474
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen	0	0,00	3.585	0,05	3.585
4.	sonstige betriebliche Erträge	6.505	0,08	79.853	1,16	73.348
5.	Materialaufwand	2.145.547	27,54	2.007.868	29,27	137.679
	a) Aufwänden für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	80.000	1,03	0	0,00	80.000
	b) Aufwänden für bezogene Leistungen	2.065.547	26,51	2.007.868	29,27	57.679
	1. Aufwänden für Raumkosten/Mieten	658.697	8,46	646.886	9,43	11.811
	Aufwänden für übrige					
	2. Raumkosten/Mietnebenkosten	235.030	3,02	261.813	3,82	-26.783
	Aufwänden für andere Lieferungen und					
	3. Leistungen	1.171.820	15,04	1.099.169	16,02	72.651
	Rohergebnis	3.500.203		2.525.508		-974.695
6.	Personalaufwand	4.574.894	58,72	4.321.356	62,99	253.538
	a) Löhne und Gehälter	3.158.843	40,55	3.208.127	46,76	-49.284
	soziale Abgaben und Aufwänden für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung					
	b) Mehraufwandsentschädigungen und Qualifizierungsgelder	660.982	8,48	799.563	11,65	-138.581
	c) Abschreibungen	755.069	9,69	313.666	4,57	441.403
7.	sonstige betriebliche Aufwänden	70.107	0,90	58.756	0,86	11.351
8.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	999.837	12,83	472.378	6,89	527.459
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30.711	0,39	235.867	3,43	205.156
13.	Zinsaufwand	0		250		250
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.113.924		-2.091.365		22.559
	Abschlagszahlungen Stadt Solingen	570.049	7,32	570.049	8,28	0
	Abschlagszahlungen Stadt Wuppertal	1.543.875	19,82	1.543.875	22,43	0
	Jahresergebnis	0		22.559		22.559
	SUMME Erlöse	7.790.385		6.883.167		-907.218
	SUMME Aufwänden	7.790.385		6.860.608		-929.777
	SUMME Erlöse OHNE Abschlagszahlungen der Städte	5.676.461		4.769.243		-907.218
	Eigenfinanzierung in %	72,86		69,52		

Mindererlösen in Höhe von rund 907 T€ stehen somit Minderaufwänden von ca. 930 T€ gegenüber, so dass sich das Jahresergebnis gegenüber dem Erfolgsplan um circa 23 T€ verbessert hat.

Die Abweichungen werden nachfolgend durch die Gegenüberstellung der Spatenergebnisse zu den jeweiligen Planwerten des Erfolgsplans genauer dargestellt und jeweils analysiert.

Der folgende Umstand wirkt sich auf mehrere Spatenergebnisse aus und wird daher bereits hier erläutert:

Kurz vor der Jahreswende 2006/2007 stellten insgesamt fünf Beschäftigte wegen der von der Bundesregierung beschlossenen Stichtagsregelung zum 31.12.2006 Anträge auf Altersteilzeit (MitarbeiterInnen, die bis zu diesem Stichtag einen Vertrag zur Altersteilzeit abgeschlossen haben, können mit Vollendung des 65. Lebensjahres ungekürzte Altersrente beanspruchen, auch wenn sie ihrem Lebensalter nach erst später in den Genuss der ungeschmälernten Renteneinkünfte kämen). Hierdurch wurden Rückstellungen in Höhe von rund 199 T€ notwendig, die (mangels korrespondierender Rückstellungen in der Eröffnungsbilanz) den Aufwand erhöhen; dieser Aufwand war in der Erfolgsplanung naturgemäß nicht vorgesehen worden.

Die vorgenannten Altersteilzeitverträge wurden ausschließlich mit früheren MitarbeiterInnen der Stadt Wuppertal geschlossen. Die Stadt Wuppertal hat für ihre MitarbeiterInnen die Regelung, dass allen Anträgen auf Altersteilzeit zu entsprechen ist, ohne Rücksicht darauf, ob die vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheidende Person zum gegebenen Zeitpunkt durch eine(n) neue(n) MitarbeiterIn ersetzt werden muss / soll oder nicht. Die Stadt Solingen hingegen bewilligt(e) Altersteilzeit lediglich in den Fällen, in denen der vorzeitig freigemachte Arbeitsplatz künftig entfallen kann.

Bis zum Jahresende 2006 war für den Zweckverband keine einheitliche Regelung zum Thema Altersteilzeit mit der Personalvertretung vereinbart worden. Zugunsten der von der Stadt Wuppertal übergeleiteten MitarbeiterInnen musste daher die bisherige Wuppertaler Regelung angewendet werden.

Es wurde daher – in Abstimmung mit der Stadt Wuppertal – eine entsprechende Forderung ihr gegenüber (199 T€, enthalten in Pos. 11) eingestellt. Ein Zufluss liquider Mittel hieraus soll erst während der Freistellungsphasen der MitarbeiterInnen erfolgen, wenn beim Zweckverband (weiter) Lohnkosten abfließen, denen aber keine Arbeitsleistung mehr entgegen steht.

4.1 Vergleich der Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Erfolgsplan (Gebäude Wuppertal)

Gebäude Wuppertal		Erfolgsplan RGJ 2006		Jahresabschluss RGJ 2006		Verbesserung / Verschlechterung (-) gegenüber Erfolgsplan
		in % der Erlöse / Aufwendungen		in % der Erlöse / Aufwendungen		
		Absolut		Absolut		
1.	Umsatzerlöse	0		0		0
a)	Entgelte	0		0		0
b)	Zuwendungen	0		0		0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen	0		0		0
4.	sonstige betriebliche Erträge	0		0		0
5.	Materialaufwand	493.965	83,92	479.749	83,06	14.216
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	10.000	1,70	0		10.000
a)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	483.965	82,22	479.749	83,06	4.216
b)	Aufwendungen für Raumkosten/Mieten	341.282	57,98	335.113	58,02	6.169
	Aufwendungen für übrige Raumkosten/Mietnebenkosten	131.460	22,33	144.636	25,04	-13.176
	Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	11.223	1,91	0		11.223
	Rohergebnis	-493.965		-479.749		14.216
6.	Personalaufwand	94.626	16,08	95.823	16,59	-1.197
a)	Löhne und Gehälter	78.065	13,26	75.167	13,01	2.898
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	16.562	2,81	20.656	3,58	-4.094
	Mehraufwandsentschädigungen und Qualifizierungsgelder	0		0		0
c)	Abschreibungen	0		0		0
7.	sonstige betriebliche Aufwendungen	0		2.019	0,35	-2.019
8.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0		0		0
11.	Zinsaufwand	0		0		0
13.		0		0		0
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-588.591		-577.591		11.000
	SUMME Erlöse	0		0		0
	SUMME Aufwendungen	588.591		577.591		11.000
	SUMME Erlöse OHNE Abschlagszahlungen der Städte	0		0		0
	Eigenfinanzierung in %	0,00		0,00		

4.2 Vergleich der Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Erfolgsplan (Gebäude Solingen)

Gebäude Solingen		Erfolgsplan RGJ 2006		Jahresabschluss RGJ 2006		Verbesserung / Verschlechterung (-) gegenüber Erfolgsplan
		in % der Erlöse / Aufwendungen		in % der Erlöse / Aufwendungen		
		Absolut		Absolut		
1.	Umsatzerlöse	0		0		0
a)	Entgelte	0		0		0
b)	Zuwendungen	0		0		0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen	0		0		0
4.	sonstige betriebliche Erträge	0		0		0
5.	Materialaufwand	406.015	96,46	413.062	96,05	-7.047
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0		0		0
a)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	406.015	96,46	413.062	96,05	-7.047
b)	Aufwendungen für Raumkosten/Mieten	310.905	73,87	305.263	70,98	5.642
	Aufwendungen für übrige					
2.	Raumkosten/Mietnebenkosten	95.110	22,60	107.799	25,07	-12.689
	Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	0		0		0
Rohergebnis		-406.015		-413.062		-7.047
6.	Personalaufwand	14.888	3,54	16.036	3,73	-1.149
a)	Löhne und Gehälter	14.888	3,54	12.572	2,92	2.316
	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	0		3.464	0,81	-3.464
	Mehraufwandsentschädigungen und Qualifizierungsgelder	0		0		0
c)	Abschreibungen	0		0		0
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	0		963	0,22	-963
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0		0		0
13.	Zinsaufwand	0		0		0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-420.903		-430.062		-9.159
SUMME Erlöse		0		0		0
SUMME Aufwendungen		420.903		430.062		-9.159
SUMME Erlöse OHNE Abschlagszahlungen der Städte		0		0		0
Eigenfinanzierung in %		0,00		0,00		

4.3 Vergleich der Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Erfolgsplan (Beschäftigungsgelegenheiten)

Beschäftigungsgelegenheiten		Erfolgsplan RGJ 2006		Jahresabschluss RGJ 2006		Verbesserung / Verschlechterung (-) gegenüber Erfolgsplan
		in % der Erlöse / Aufwendungen		in % der Erlöse / Aufwendungen		
		Absolut		Absolut		
1.	Umsatzerlöse	1.703.785	100,00	1.318.965	93,25	-384.820
a)	Entgelte	150.000	8,80	54.705	3,87	-95.295
b)	Zuwendungen	1.553.785	91,20	1.264.260	89,39	-289.525
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen	0		2.490	0,18	2.490
4.	sonstige betriebliche Erträge	0	0,00	24.629	1,74	24.629
5.	Materialaufwand	86.707	4,81	96.550	6,32	-9.843
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	27.500	1,53	0		27.500
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	59.207	3,28	96.550	6,32	-37.343
	1. Aufwendungen für Raumkosten/Mieten	0		0		0
	Aufwendungen für übrige					
	2. Raumkosten/Mietnebenkosten	0		324	0,02	-324
	Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	59.207	3,28	96.226	6,30	-37.019
Rohergebnis		1.617.079		1.249.534		-367.545
6.	Personalaufwand	1.509.153	83,73	1.319.325	86,40	189.828
a)	Löhne und Gehälter	730.384	40,52	868.826	56,90	-138.442
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	98.267	5,45	196.291	12,85	-98.024
	Mehraufwandsentschädigungen und Qualifizierungsgelder	680.502	37,75	254.208	16,65	426.294
7.	Abschreibungen	6.456	0,36	8.138	0,53	-1.682
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	200.179	11,11	102.957	6,74	97.222
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0		68.302	4,83	68.302
13.	Zinsaufwand	0				
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-98.709		-112.585		-13.876
SUMME Erlöse		1.703.785		1.414.386		-289.399
SUMME Aufwendungen		1.802.494		1.526.970		-275.524
SUMME Erlöse OHNE Abschlagszahlungen der Städte		1.703.785		1.414.386		-289.399
Eigenfinanzierung in %		94,52		92,63		

Zum Spartenergebnis „Beschäftigungsgelegenheiten“:

Für den Erfolgsplan 01.07. bis 31.12.2006 waren – bezogen auf die Entgelte – die hälftigen Werte aus der Haushaltsplanung der Stadt Wuppertal für das Jahr 2006 zugrunde gelegt worden.

In der Position 1a – Entgelte – haben sich die Planwerte als unrealistisch hoch heraus gestellt, statt der geplanten 150 T€ konnten lediglich rund 55 T€ an Erlösen aus den Gastronomiebetrieben „Cafe LEO“ und „Kantine Lennep Straße“ erzielt werden.

Für die Position 1b – Zuwendungen – waren für alle Beschäftigungsmaßnahmen Erlöse und Aufwendungen auf der Basis voller Platzauslastung ermittelt worden (siehe Anlage C zum Erfolgsplan RGJ 2006).

Tatsächlich erlöst werden konnten nur rund 81 % der geplanten Zuwendungen. Durch die bis zum Jahresende erreichte Auslastungsquote der Arbeitsgelegenheiten allein hätte dies nicht erreicht werden können. Eine Teilkompensation konnte durch die im Erfolgsplan noch nicht vorgesehene Ausbildungsmaßnahme „Dritter Weg in die Ausbildung“ erreicht werden.

Die Position 2 – Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen war – mangels entsprechender Erfahrungen – in der Erfolgsplanung nicht berücksichtigt worden. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde festgestellt, dass durch die Beschäftigungsmaßnahmen nicht abgerechneten Teil-Bauleistungen im Umfang von ca. 2,5 T€ bis zum Jahresende erbracht worden waren.

Die Erhöhung des Materialaufwandes (Position 5) um rund 10 T€ korrespondiert zum Teil mit der bereits bei Position 1b genannten Maßnahme „Dritter Weg in die Ausbildung“.

Bei der Zuordnung von Personalkosten zu den einzelnen Sparten des Erfolgsplans waren noch Ungenauigkeiten enthalten, die im Verlauf des zweiten Halbjahres ausgeräumt wurden. Der **Gesamtansatz** für Löhne und Gehälter (Position 6a) im zweiten Halbjahr 2006 wurde lediglich um 1,58 % überschritten (3.208 T€ gegenüber geplanten 3.158 T€).

Die Abweichung in Position 6b – Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung – von rund 98 T€ erklärt sich zum Teil ebenfalls aus der bei Planaufstellung noch nicht völlig korrekten Personalzuordnung, zum anderen aus der – nicht geplanten - notwendigen Erhöhung der Rückstellung für Kosten der Altersteilzeit für drei MitarbeiterInnen dieser Sparte in Höhe von ca. 68,3 T€.

Die Minderausgaben von rund 426 T€ bei der Position 6c resultiert einerseits aus der bereits oben angesprochenen geringen Auslastungsquote zum anderen aus der hohen Anzahl von Abbrüchen der Beschäftigung seitens der zugewiesenen Kräfte.

Hieraus erklärt sich ebenfalls die – überwiegend teilnehmerabhängige – Verringerung bei Position 8 – sonstige betriebliche Aufwendungen – um rund 97 T€.

Insgesamt bleibt für diese Sparte festzustellen, dass die Mindererlöse von ca. 289 T€ durch Minderaufwendungen von rund 275 T€ teilweise kompensiert werden konnten.

4.4 Vergleich der Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Erfolgsplan (Sonst. Angebotsbereiche)

sonst. Angebotsbereiche		Erfolgsplan RGJ 2006		Jahresabschluss RGJ 2006		Verbesserung / Verschlechterung (-) gegenüber Erfolgsplan
		Absolut	In % der Erlöse / Aufwendungen	Absolut	In % der Erlöse / Aufwendungen	
1.	Umsatzerlöse					
a)	Entgelte	3.935.459	99,62	3.128.755	94,25	-806.704
b)	Zuwendungen	1.330.500	33,68	861.744	25,96	-468.756
		2.604.959	65,94	2.267.011	68,29	-337.948
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen	0	0,00	1.095	0,03	1.095
4.	sonstige betriebliche Erträge	6.505	0,16	54.709	1,65	48.204
5.	Materialaufwand	1.114.097	24,49	986.995	27,11	127.102
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	42.500	0,93	0	0,00	42.500
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.071.597	23,56	986.995	27,11	84.602
	1. Aufwendungen für Raumkosten/Mieten	0	0,00	0	0,00	0
	Aufwendungen für übrige Raumkosten/Mietnebenkosten	0	0,00	593	0,02	-593
	2. Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	1.071.597	23,56	986.402	27,10	85.195
	3. Leistungen	2.827.867		2.197.564		-630.303
6.	Personalaufwand	2.602.714	57,22	2.521.546	69,27	81.168
a)	Löhne und Gehälter	2.057.026	45,23	1.967.671	54,06	89.355
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	471.121	10,36	494.417	13,58	-23.296
c)	Mehraufwandsentschädigungen und Qualifizierungsgelder	74.567	1,64	59.458	1,63	15.109
7.	Abschreibungen	32.278	0,71	31.962	0,88	316
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	799.218	17,57	99.619	2,74	699.599
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.632	0,22	136.066	4,10	127.434
13.	Zinsaufwand	0				
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-597.711		-319.498		278.213
	SUMME Erlöse	3.950.596		3.319.530		-631.066
	SUMME Aufwendungen	4.548.307		3.640.122		908.185
	SUMME Erlöse OHNE Abschlagszahlungen der Städte	3.950.596		3.319.530		-631.066
	Eigenfinanzierung in %	86,86		91,19		

Zum Spartenergebnis „Sonst. Angebotsbereiche“:

Für den Erfolgsplan 01.07. bis 31.12.2006 waren – bezogen auf die Entgelte – die hälftigen Werte aus den Haushaltsplanung der Städte Solingen und Wuppertal für das Jahr 2006 zugrunde gelegt worden. Diese Annahme hat sich als unrealistisch erwiesen, der geplante Wert wurde um rund 469 T€ verfehlt. Es konnte lediglich ein Anteil von knapp 65 % des Planwertes erreicht werden.

Als Erklärung ist sicher zum Teil die unerwartet hohe Quote an Kursausfällen (28,75 % der geplanten Veranstaltungen) heranzuziehen. Dann hätte allerdings auch der Aufwand für Dozenten honorare (Position 5b3) entsprechend verringert sein müssen. Hier ist jedoch nur eine Verringerung um ca. 7,5 % (rund 79 T€) gegenüber der Erfolgsplanung eingetreten.

Auch die im Vergleich zum Durchschnitt schwachen Auslastungsquoten in den einnahmeträchtigen Fachbereichen Fremdsprachen und Arbeit & Beruf können die Mindererlöse nur teilweise erklären.

Als weiterer Erklärungsansatz bleibt, dass

- die aus den Haushaltsplänen übernommenen hälftigen Jahreswerte unrealistisch hoch angesetzt waren
- zahlreiche Veranstaltungen unterhalb des durchschnittlichen Plandeckungsbeitrages von 145 % durchgeführt wurden, um die insbesondere in Solingen wegen nicht unerheblicher Änderungen und Entgelterhöhungen verunsicherte Teilnehmerschaft in der Startphase der neuen Einrichtung nicht weiter zu irritieren.

Auf diese Ergebnisverfehlung wurde bereits in der Begründung zum Wirtschaftsplan 2007 (Ziff. 8) hingewiesen. Es wurden Maßnahmen eingeleitet, die eine Wiederholung einer derartigen Ergebnisverfehlung verhindern sollen.

Auch bei den Zuwendungen wurden die Erlösziele nicht erreicht (rund –340 T€).

Die wesentlichen Abweichungen ergaben sich aus

Projekt	Planwert in T€	Istwert in T€	Abweichung in T€
TIES	4	0,7	3,3
BiBB Wuppertal	31,3	24,8	6,5
Coaching Teilzeit	93,4	67,5	25,9
Internet-Cafe	60	57,1	2,9
ARGE Wtal – Schulabschlüsse	200	176,7	23,3
LSC I	31,9	19,7	12,2
LSC II	15	0,0	15,0
TEQUA	27,3	18,3	9,0
Aktiv	56,8	41,4	15,4
BvB Los 1	162,5	105,0	57,5
BvB Los 2	74,5	67,9	6,6
Profiling	72,0	36,9	35,1
BiBB II	5,3	0	5,3
Transnationale Projekte	100	0	100,0

Die Abweichung bei Position 5b3 – Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen – um rund 85 T€ erklärt sich im Wesentlichen aus nicht in Anspruch genommenen Honorarmitteln infolge von Kursausfällen. (sh. oben).

Bei Löhnen und Gehältern (Position 6a) hat sich eine Verbesserung gegenüber dem Erfolgsplan in Höhe von rund 89 T€ ergeben. Die Budgetabweichung ergab sich im Wesentlichen durch die bei der Planung noch nicht ganz genaue Zuordnung von Personal zu den einzelnen Sparten.

Die Abweichung bei der Position 6b – soziale Abgaben und Aufwändungen für Altersversorgung und für Unterstützung – ist teilweise ebenfalls hierauf zurück zu führen. Andererseits wurde hier eine Erhöhung der Rückstellung aus Altersteilzeitverträgen um rund 170 T€ erforderlich, davon allein ca. 131 T€ aus im 2. Halbjahr abgeschlossenen Verträgen im Hinblick auf die Stichtagsregelung zum 31.12.2006.

Die Minderaufwändungen bei Position 8 – sonstige betriebliche Aufwändungen – korrespondieren einerseits (rund 272 T€) mit den Mindererlösen aus Zuwendungen, nämlich geringere Aufwändungen in den Projekten (Abweichungen über 10 T€ aufgeführt)

Projekt	Planwert in T€	Istwert in T€	Abweichung in T€
BiBB Wuppertal	11	0	11,0
Coaching Teilzeit	45,5	0,7	44,8
Internet-Cafe	22,6	3,9	18,7
BvB Los 406	27,0	5,4	21,6
BvB Los 1	30,5	8,8	21,7
Profiling	12,0	0	12,0
BiBB II	10,9	0	10,9
Transnationale Projekte	100,0	0	100,0

andererseits mit folgenden wesentlichen Minderaufwändungen gegenüber den aus den Haushaltsplänen der Städte abgeleiteten Sachkosten-Aufwändungen (Abweichungen über 10 T€ aufgeführt)

Aufwandsart	Planwert in T€	Istwert in T€	Abweichung in T€
Geschäftsausgaben	157,0	65,5	91,5
Werbung und Repräsentation	42,2	12,5	29,7
Kommunikationskosten	116,3	9,6	106,7
Programmbezogene Kosten	90,2	16,9	73,3

4.5 Vergleich der Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Erfolgsplan (Overhead)

Overhead		Erfolgsplan RGJ 2006		Jahresabschluss RGJ 2006		Verbesserung / Verschlechterung (-) gegenüber Erfolgsplan
		Absolut	in % der Erlöse / Aufwendungen	Absolut	in % der Erlöse / Aufwendungen	
1.	Umsatzerlöse	0	0,00	2.219	6,48	2.219
a)	Entgelte	0	0,00	2.219	6,48	2.219
b)	Zuwendungen	0	0,00	0	0,00	0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen	0	0,00	0	0,00	0
4.	sonstige betriebliche Erträge	0	0,00	516	1,51	516
5.	Materialaufwand	44.763	10,41	31.512	4,59	13.251
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0,00	0	0,00	0
a)						
b)		44.763	10,41	31.512	4,59	13.251
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.510	1,51	6.510	0,95	0
1.	Aufwendungen für Raumkosten/Mieten					
	Aufwendungen für übrige Raumkosten/Mietnebenkosten	8.460	1,97	8.460	1,23	0
2.	Raumkosten/Mietnebenkosten					
	Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	29.793	6,93	16.542	2,41	13.251
3.	Leistungen					
		-44.763		-28.778		15.985
Rohergebnis		353.514	82,20	368.627	53,75	-15.113
6.	Personalaufwand	278.481	64,75	283.892	41,39	-5.411
a)	Löhne und Gehälter					
	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	75.033	17,45	84.735	12,35	-9.702
b)						
	Mehraufwandsentschädigungen und Qualifizierungsgelder	0	0,00	0	0,00	0
c)						
7.	Abschreibungen	31.373	7,29	18.656	2,72	12.717
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	440	0,10	266.820	38,90	-266.380
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22.079	100,00	31.500	92,01	9.421
13.	Zinsaufwand	0	0	250		
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-408.011		-651.631		-243.620
SUMME Erlöse		22.079		34.235		12.156
SUMME Aufwendungen		430.090		685.865		-255.775
SUMME Erlöse OHNE Abschlagszahlungen der Städte		22.079		34.235		12.156
Eigenfinanzierung in %		5,13		4,99		

Zum Spartenergebnis „Overhead“:

Im Bereich der Overheadkosten haben sich Abweichungen gegenüber dem Erfolgsplan von rund 243 T€ ergeben. Diese resultieren ganz überwiegend aus den Positionen 5b3 – Aufwändungen für andere Lieferungen und Leistungen – sowie 8 – sonst. Betriebliche Aufwändungen -.

Die wesentlichen Aufwandsarten waren (Beträge über 1.000 €):

Bezeichnung	€
Abschluss- und Prüfungskosten	12.549
Arbeitssicherheit AMD/ASD Wuppertal	2.628
Ausgleichsabgabe Schwerbehinderte	7.800
Beiträge	3.952
Buchführungskosten	2.115
Bürobedarf	4.300
EDV Kosten	3.379
Fortbildungskosten	1.241
Honorare für Dozenten	16.542
Künstlersozialabgabe	1.749
Leistungen Post- + Telefonzentrale Wtal	3.202
Leistungen PSD Solingen	30.604
Nachrichtentechnik	70.143
Nebenkosten des Geldverkehrs	2.558
Nicht abziehbare Vorsteuer	12.856
Porto	11.928
Rechts- und Beratungskosten	4.894
Rundfunkgebühren und dgl.	2.088
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.239
Sonstiger Betriebsbedarf	1.143
Telefon	20.623
Wartungskosten für Hard- und Software	4.019
Werbekosten	60.852
Zeitschriften, Bücher	1.175

Der überwiegende Teil der vorgenannten Positionen war in der Erfolgsplanung den Sparten „Beschäftigungsgelegenheiten“ und „Sonst. Angebotsbereiche“ zugeordnet worden. Aus Gründen der Praktikabilität erfolgte im Buchungsgeschäft eine Zuordnung zum Kostensammler „Overhead“. Die Umlage auf „Beschäftigungsgelegenheiten“ und „Sonst. Angebotsbereiche“ erfolgte nach Personalkostenschlüssel.

Bei allen Abweichungen im Detail bleibt festzustellen, dass die finanziellen Vorgaben des ersten Erfolgsplans der Bergischen Volkshochschule voll erreicht werden konnten. Auch die Verteilung der nicht durch Erlöse gedeckten Aufwändungen auf die beiden beteiligten Städte entspricht – bis auf geringe Abweichungen – der Erfolgsplanung, wie aus der nachstehenden Tabelle deutlich wird:

4.6 Vergleich Erfolgsplanung nach Sparten mit dem Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung und Vergleich der erhobenen Verbandsumlage mit der abzurechnenden Verbandsumlage

Bezeichnung	SUMME	Gebäude Wuppertal	Gebäude Solingen	Overhead	Beschäfti- gungsgele- genheiten	Sonstige Angebots- bereiche
Operativer Verlust	2.091.365	577.590	430.062	651.630	112.585	319.498
Verteilung Overhead nach Anteil Personalkosten				-651.919	196.774	454.856
Operativer Verlust nach Overhead-Verrechnung	2.091.365	577.590	430.062	0	309.359	774.354
Plan-Verlust lt. Erfolgsplan	2.113.924	588.591	420.903	0	172.264	932.166
Abweichung zum Erfolgsplan	22.559	11.001	-9.159	0	-137.095	157.812
Zu zahlen von Wuppertal	1.537.407	577.590	0	0	309.359	650.457
Zu zahlen von Solingen	553.958	0	430.062	0	0	123.897
Erhaltene Abschlagszahlungen Wuppertal	-1.543.875					
Erhaltene Abschlagszahlungen Solingen	-570.049					
Überzahlung von Wuppertal	-6.468					
Überzahlung von Solingen	-16.091					

5. Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Schlussbilanz zum 31.12.2006

5.1 Aktiva

Das **Anlagevermögen** im Wert von rund 680 T€ besteht im Wesentlichen aus den Vermögensgegenständen, die die beiden Städte zum 01.07.2006 in den Zweckverband eingebracht haben. Größte Einzelpositionen sind

Büroeinrichtungen	171 T€
Tische und Stühle in Unterrichtsräumen	248 T€
Sonst. Möblierung	61 T€
EDV-Ausstattung	51 T€

Zum **Umlaufvermögen** wurde hinsichtlich der **Vorräte** wegen Geringfügigkeit auf eine Inventur und Bewertung zum 31.12.2006 verzichtet. Hier kämen allenfalls dezentrale Bestände an Kopierpapier, Druckerpatronen sowie Kraftstoff in den Tanks der Dienstfahrzeuge in Betracht. Es bestehen keine expliziten Läger.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** setzen sich zusammen aus

Forderungen gegen Zuwendungsgeber	241 T€
Forderungen aus Teilnahmeentgelten	22 T€

Die **Forderungen gegen die Gesellschafter** in Höhe von rund 1.692 T€ bestehen aus

Pensionsrückstellungen Wuppertal	536 T€
Beihilferückstellungen Wuppertal	80 T€
Altersteilzeitrückstellungen Wuppertal	372 T€
Pensionsrückstellungen Solingen	548 T€
Beihilferückstellungen Solingen	82 T€
Altersteilzeitrückstellungen Solingen	70 T€

Der **Kassenbestand** setzt sich zusammen aus ca. 347 T€ Guthaben bei der WestLB im Rahmen des Cashmanagements der Stadt Solingen, der Rest aus 16 unterschiedlichen Barkassen.

Hinter den **Rechnungsabgrenzungsposten** verbergen sich die Beamtengehälter für den Monat Januar 2007.

5.2 Passiva

Die wesentlichen **Rückstellungen** bestehen aus

Pensionsrückstellungen	1.100 T€
Beihilferückstellungen	165 T€
Altersteilzeitrückstellungen	458 T€
Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub	160 T€
Rückstellungen für Gleitzeitguthaben	41 T€
Rückstellungen für Jubiläumsrückstellungen	6 T€
Rückstellungen für Jahresabschluss und Abschlussprüfung	16 T€
Rückstellungen für gesetzliche Aufbewahrungspflichten	12 T€

In den **Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung** sind ca. 101 T€ Verbindlichkeiten

aus Dozentenonoraren enthalten.

Größter Einzelposten bei den **Sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit rund 67 T€ Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer.

6. Voraussichtliche Entwicklung der Bergischen Volkshochschule in den Jahren 2007 und 2008

a. Berichterstattung über die voraussichtliche Entwicklung

Öffentliches Weiterbildungsprogramm

Entsprechend dem Beschluss der Räte der Städte Solingen und Wuppertal soll das öffentliche Weiterbildungsangebot in Qualität und Umfang erhalten bleiben. Es ist jedoch davon auszugehen, dass insbesondere 2007 auf Grund von Entgelterhöhungen und modifizierten Ermäßigungsregelungen in Solingen, aber auch angesichts des bundesweiten Trends eines Rückgangs der Teilnahme an Weiterbildung, mit einem Teilnehmerrückgang zu rechnen ist.

Hier wirkt sich auch negativ aus, dass die Realeinkommen der Bevölkerung seit Jahren tendenziell stagnieren bzw. sinken und die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen für Weiterbildung damit geringer werden.

Mögliche Gegenmaßnahmen sind Verhandlungen mit den örtlichen ARGE'n über die einzelfallbezogene Finanzierung von berufsbezogener Weiterbildung.

Mit der Schließung der **Regionalstelle Frau und Beruf**, deren Auswirkungen auf das öffentliche Weiterbildungsangebot erst in den Jahren 2007 / 2008 erkennbar werden, ist damit zu rechnen, dass das Zielgruppenangebot für Frauen nicht mehr im gewünschten Umfang angenommen wird und daher zurückgefahren werden muss. Hier wird voraussichtlich der Wegfall der bislang in der Regionalstelle wahrgenommenen Beratung zum beruflichen Wiedereinstieg negativ zum Tragen kommen.

Zweiter Bildungsweg

Es ist davon auszugehen, dass sich an der Zahl der Interessenten für den nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen nichts ändert. Der Bedarf an Grundbildung bzw. Vorbereitungsangeboten für Schulabschlusslehrgänge wird steigen. Die Landesförderung und die Einzelförderung durch die ARGE'n sichert den Bestand dieses Fachbereichs.

Familienbildung

Nach erheblichen Turbulenzen um die Angebote der Familienbildung, insbesondere in Solingen, auch bedingt durch die Eingliederung eines bislang selbständigen Bereiches in die Bergische Volkshochschule, werden die kommenden Jahre durch eine deutlich höhere Akzeptanz der neuen Einrichtung gekennzeichnet sein. Dies sollte sich auch positiv am Teilnahmeverhalten ablesen lassen.

Seniorenbildung / Gesundheitsbildung

Beide Themen kann man als wachstumsorientierte Bereiche bezeichnen. Mit gezielten Werbemaßnahmen und der Einwerbung neuer Kooperationspartner (Ärzte, Krankenkassen) ist zu erwarten, neue Teilnehmende zu gewinnen. Dies sollte mindestens den erwarteten Rückgang von Teilnehmenden auf Grund von Entgelterhöhungen kompensieren.

In den folgenden Jahren wird weiter an der inhaltlichen **Zusammenführung der Fachbereiche** gearbeitet. So ist schon 2007 damit zu rechnen, dass der Fachbereich Berufliche Bildung sein Angebot in beiden Städten vollständig standardisiert hat. Erst die Angleichung der Angebote ermöglicht in verschiedenen Bereichen die Umsetzung gewünschter Synergieeffekte.

Beschäftigung und Qualifizierung

Die Entwicklung des Bereichs Beschäftigung und Qualifizierung im ersten Halbjahr 2007 kann grundsätzlich positiv gewertet werden:

- im Fachbereich Berufsvorbereitung und Qualifizierung ist eine Kontinuität der Maßnahmen zu verzeichnen
- im Fachbereich Wiedereinstieg und Existenzgründung wurden folgende Maßnahmen begonnen:
 - Orientas (im Auftrag der ARGE Solingen)
 - BEA (im Auftrag der Arge Wuppertal)
 - für das Projekt BIBB liegt der Bewilligungsbescheid ebenfalls vor, Beginn wird der 01.07.07 sein (Bewilligung für vier Lehrgänge durch das Land NRW mit ESF-Förderung)
- im Fachbereich Beschäftigung und Ausbildung wurde
 - die Auslastung der Arbeitsgelegenheiten von 59% auf 93% (Stichtag 30.05.07) erhöht
 - ein weiteres Ausbildungsprojekt „Pro Beruf 2“ für 14 Jugendliche, Beginn 01.08.07, von der Arge Wuppertal bewilligt.

Die Bewilligung für ein weiteres Projekt „Aufbau von Bildungsberatungsagenturen im Bergischen Städtedreieck Remscheid-Solingen-Wuppertal“ im Rahmen des bundesweiten Programms „Lernende Regionen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird Mitte des Monats Juni 2007 erwartet, der Lenkungsausschuss des Programms „Lernende Regionen“ hat die Förderung des Antrags bereits dem BMF empfohlen. Damit ergibt sich die Chance, in Kooperation mit den drei bergischen Städten und den wichtigen Arbeitsmarktakteuren der Region ein bedeutsames Projekt zur Förderung des lebensbegleitenden Lernen und zur Förderung des Strukturwandels in der Region zu etablieren.

b. Berichterstattung über die wesentlichen Chancen und Risiken

Öffentliches Weiterbildungsprogramm

Die Schließung der Regionalstelle Frau und Beruf, machte es erforderlich für die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen neue refinanzierte Arbeitsfelder zu finden. Dies ist nur über eine zeitlich befristete Projektförderung möglich, die das Risiko in sich birgt, nicht weitergefördert zu werden. Gleichzeitig eröffnet sich die Chance, neue Projekte zu entwickeln und darüber neue Zielgruppen für die Teilnahme an Weiterbildung zu erschließen.

Für die Familienbildung sind durch die Integration des Bereichs in die Volkshochschule Fördermittel, die über die Landschaftsverbände vergeben werden, verschlossen. Dies kann dann zum Nachteil werden, wenn Konkurrenzeinrichtungen diese Förderung nutzen und größere Chancen haben z.B. als Anbieter in Familienzentren, KiTas und Schulen angefragt

zu werden. Hier gilt es, auf kommunaler Ebene entsprechende Verträge, die einen Teil des Angebotes der Familienbildung absichern, auf eine mittelfristige Ebene zu bringen.

In den Jahren 2007/2008 wird es ganz wesentlich darauf ankommen, das Verhältnis von Honoraraufwendungen zu den hieraus zu generierenden Entgelterlösen im Vergleich zu den Werten des abgelaufenen Jahres deutlich zu verbessern.

Im Jahr 2008 werden zwei pädagogisch disponierende Mitarbeiter/innen in den Ruhestand gehen. Dies wird als eine Chance zu konstruktiven Umstrukturierungen bzw. Fachbereichszuschnitten genommen.

Im Zuge der Beratungen zum Landeshaushalt 2007 wurde von den regierungstragenden Fraktionen zugesagt, die Mittel für Weiterbildung bis zum Ende der Legislaturperiode nicht weiter zu kürzen. Dies wird als mittelfristige Planungsgrundlage angenommen.

Ab 2010 werden Landesförderungen voraussichtlich vom Nachweis eines zertifizierten Qualitätsmanagements (QM) abhängig gemacht. Die Bergische Volkshochschule beginnt deshalb bereits in 2007 mit dem Aufbau des QM-Systems. Hiermit sind nicht unerhebliche (Personal-) Aufwendungen verbunden. Die Zertifizierung ist für das Jahr 2009 geplant.

Beschäftigung und Qualifizierung

Mit den für das Jahr 2007 bereits bewilligten bzw. in Aussicht stehenden Bewilligungen für weitere Projekte und Maßnahmen kann die Bergische Volkshochschule wesentliche Beiträge für Qualifizierung, Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt der Region leisten.

Ob die Fortsetzung dieser positiven Entwicklung auch für 2008 gelingen kann, ist vor allem von den weiteren Rahmenbedingungen für Qualifizierung und arbeitsmarktnahe Projekte bei den ARGE'n der Städte Solingen und Wuppertal, den Zweigstellen der Bundesagentur für Arbeit Wuppertal und Solingen-Remscheid sowie von der Förderpolitik des Landes NRW und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung abhängig.

Ziel wird es daher sein, die eigene Projektentwicklung in enger Kooperation mit den in der Region verantwortlichen Arbeitsmarktakteuren durchzuführen und die besonderen Kompetenzen und Kapazitäten der Bergischen Volkshochschule zur Begleitung des Strukturwandels in der Region herauszustellen.

7. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Solche Vorgänge sind nicht eingetreten.

Solingen, 31.05.2007

Franz Haug
Verbandsvorsteher